

Rede des CDU-Landtagsabgeordneten

Rainer Deppe

am 06. Juli 2016

Plenum, TOP 11: Gesetz zur Änderung wasser- und wasserrechtlicher Vorschriften

Das Wassergesetz, das wir heute verabschieden, ist ein weiterer Beleg dafür, warum Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich nicht vom Fleck kommt, sondern unter Rot-Grün ans Ende aller Bundesländer auf Platz 16 von 16 abgesackt ist.

Das Gesetz ist voll mit Regeln, Vorschriften, Berichten, Erschwernissen, mit denen Sie Wirtschaft und Landwirtschaft mehr Lasten auferlegen und das Leben schwerer machen als andere Bundesländer.

Wasser ist Leben. Wasser ist die Grundlage allen Lebens auf der Erde und prägt das Bild unseres blauen Planeten. Dass das Wasser deshalb einen ganz hohen Schutz genießt, ist in ganz Deutschland und auch zwischen den Parteien vollkommen unstrittig. Auch hier im Haus.

Der Konflikt geht vor allem um die Wege, wie dieses Ziel erreicht wird und um die daraus entstehenden Wirkungen auf den sozialen und ökonomischen Komplex.

Die Kritik kam in der Anhörung ja auch von allen Seiten:

Die Wirtschaft beklagt, dass die Behörden jetzt freie Bahn für kostentreibende Maßnahmen und Gutachten zu Lasten der Betriebe haben. Die Vielzahl von Einschränkungen und Unsicherheiten führen zu Wettbewerbsverzerrungen und in der Folge zu Investitionszurückhaltung am Standort NRW.

Die Landwirtschaft beklagt einen Wertverlust von 146 Mio. EUR, die Abkehr vom Prinzip der Kooperation, die Verknappung landwirtschaftlicher Flächen und die Ausweitung des Vorkaufsrechts; sowie die Umkehr der Beweislast. Ein Tollhaus hat der Sachverständige diese Politik genannt.

Die Kommunen beklagen zusätzlichen Aufwand für Kontrollen und Überwachungen.

Die Fachdebatte ist abgeschlossen und ich will noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen:

Der Föderalismus ist am besten geeignet, den unterschiedlichen geographischen Voraussetzungen in 16 Bundesländern gerecht zu werden. Wenn man von den Regeln des Bundesrechts abweicht – und damit ja vielfach den Betroffenen andere Lasten als in anderen Bundesländern auferlegt - muss man wenigstens begründen,



Es gilt das gesprochene Wort!

warum diese Abweichungen aus sachlich-fachlichen Begründungen angebracht sind. Das haben Sie aber nicht gemacht und dass eine grüne Partei die Leitlinien der Regierung bestimmt, kann ja nun beim besten Willen keine tragfähige Begründung sein!

Warum haben Sie als Parlamentarier eigentlich eine so geringe Selbstachtung? 34 x ermächtigen Sie die Regierung oder ihr nachgeordnete Behörden zum Erlass von Verordnungen und schaffen damit vor allem für die Betroffenen Unsicherheiten. Diese können sich nicht auf die Regeln des Gesetzes verlassen, sondern müssen immer damit rechnen, dass es kurzfristige Veränderungen gibt.

Eines Ihrer offenbar bevorzugten Instrumente ist das Vorkaufsrecht bei Grundstücksgeschäften. Im Naturschutzgesetz gehen Sie ja den gleichen Weg. Wir halten das für grundfalsch. Erwerber kaufen Grundstücke, weil sie irgendetwas damit vorhaben: Sie wollen es nutzen oder sie wollen investieren. Und genau in diesem Moment grätschen Sie dazwischen und kaufen den Menschen das Land weg, zerstören Pläne und Vorhaben. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, was das für Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft hat?

Wir setzen dagegen auf Kooperationen, vertragliche Vereinbarungen und gezielten Ankauf von Grundstücken für Zwecke, die aus öffentlichen Gründen benötigt werden. Je mehr Sie ordnungsrechtlich eingreifen und die Menschen bevormunden, desto weniger werden die Menschen bereit sein, etwas zu tun.

Bei den wichtigen Themen in der Gewässerpolitik kommen Sie nicht weiter.

Der Hochwasserschutz muss wesentlich engagierter vorangetrieben werden, als Sie es tun.

Bei Shell schwimmt immer noch ein Kerosinsee von knapp 1 Mio. Liter auf dem Grundwasser.

Spätestens seit 2013 ist die Belastung der Grubenwässer mit geogenen Stoffen, mit ungeklärten Schadstoffen aus der Bruchhohlraumverfüllung, und mit mehr als 10.000 t hochgiftigen PCB, das unsachgemäß vom Bergbautreibenden in die Unter-Tage-Umwelt abgelassen wurde, bekannt. Und bis heute haben Sie weder einen Überblick über die Mengen, geschweige denn ein Konzept, wie Sie die Verlagerung dieser Gift- und Schadstoffe ins Wasser und in die Über-Tage-Umwelt verhindern wollen.

Mit diesem Gesetz werden Sie das Wasser nicht sauberer machen. Sie schwächen den Standort Nordrhein-Westfalen und Sie packen die zentralen Probleme nicht an. Deshalb lehnen wir dieses Wassergesetz ab.



Es gilt das gesprochene Wort!